

Rettungswesen Tirol. Mit der Neuausschreibung des Tiroler Rettungsdienstes wird der Gipfel der Peinlichkeiten erklommen. Die Einsicht, Mist gebaut zu haben, garantiert nicht, dass der zweite Durchgang professioneller wird. Denn die Gretchenfragen zum Desaster harren ihrer Antworten. Wer auch immer das Fass zum Überlaufen brachte – ob die Freiwilligen, die sich auf facebook formiert hatten, das Bürgerforum, das kurz vor der überraschenden Neuausschreibungsankündigung zum politischen Guerilla-Kampf der Ortsstellen-Gemeinden aufrief oder die Erkenntnis, dass die Fortsetzung des Ausschreibungsverfahrens einem Lanzenstich ins Tiroler Rettungsherz gleichkommt – aufatmen sollte vorerst keiner. Auch nicht die Ehrenamtlichen der Tiroler Rettungsdienste, welche zuletzt die emotionale Speerspitze gegen die Pläne der Landesregierung bildeten. Von den neuen Kriterien, mit welchen die Ausschreibung des bodengebundenen Tiroler Rettungsdienstes in eine zweite Runde geht, ist noch nichts bekannt. Sinnvolle Verbesserungsvorschläge seien in die Revision der Ausschreibung eingearbeitet worden, sagte Landesrat Tilg in einer ersten Stellungnahme am 21. April 2010. Am gleichen Tag antwortete Landeshauptmann Günther Platter, von ECHO auf die Ängste des Tiroler Freiwilligenheeres angesprochen sowie auf die Möglichkeiten, den drohenden Untergang der Freiwilligkeit zu verhindern: „Ich habe Verständnis für die Sorgen der Freiwilligen. Die vielen Freiwilligen des Roten Kreuzes und der anderen Rettungsorganisation haben bisher Großes geleistet. Aber LR Bernhard Tilg muss das Rettungswesen reformieren, weil die historisch gewachsene Tiroler Rettungslandschaft einfach nicht mehr effizient funktioniert. Dafür können die vielen Freiwilligen am aller wenigsten. Im Gegenteil: An ihnen ist es vielerorts gelegen, dass trotz der zum Teil ineffizienten Strukturen die Rettung auch bisher so gut funktioniert hat. Aber gerade deshalb bin ich der Meinung, dass wir es den vielen Freiwilligen schulden, das Rettungswesen auf eine gute und solide Basis zu stellen. Ich versichere auch, dass das Land Tirol zusammen mit seinen Partnern, dem Tiroler Gemeindeverband und der Tiroler Gebietskrankenkasse, als Auftraggeber darauf achten wird, dass auch in Zukunft die Freiwilligkeit einen angemessenen Platz im Tiroler Rettungswesen haben wird. Wir wollen kein rein berufsmäßiges Rettungssystem.“

Die der Antwort innewohnende Ohrfeige für das Rote Kreuz, das mit kleinen Ausnahmen die Tiroler Rettungslandschaft seit Bestehen beackert, ist schallend. Und, selbst wenn die Botschaft an die Freiwilligen eine schöne ist, könnte es dafür zu spät sein. Denn diese Botschaft hätte wohl vergangenes Jahr in das novellierte Tiroler Rettungsgesetz aufgenommen werden müssen, um wirklich greifen zu können.

Das Gesetz. Es wäre so einfach gewesen. Die Vorarlberger haben gezeigt, wie's gehen könnte. Wären die Tiroler so weitsichtig gewesen, gäbe es heute keinen Polit-Skandal, gäbe es keine 4.500 Freiwilligen, denen der Boden unter den Füßen weggezogen wird, gäbe es höchstwahrscheinlich auch keine Dänen mit aussichtsreicher Eroberungsabsicht. Im Vorarlberger Rettungsgesetz, das am 1. Jänner 2009 in Kraft trat, steht unter „§ 3 Organisationen“: „Als anerkannte Rettungsorganisationen gelten das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Vorarlberg, der Österreichische Bergrettungsdienst, Landesstelle Vorarlberg und die Österreichische Wasserrettung Vorarlberg. [...] Soweit es im Interesse einer bedarfs- und sachgerechten Besorgung der Aufgaben nach § 1 Abs.2 geboten ist, kann die Landesregierung durch Verordnung andere als im Abs.2 genannte Rettungsorganisationen anerkennen, deren satzungsgemäßer Zweck die Besorgung von Angelegenheiten des Hilfs- und Rettungswesens ist und in denen in erheblichem Umfang Mitglieder unentgeltlich tätig sind [...]“ Bingo. Neun ins Gesetz gegossene Worte sind's, welche die ehrenamtlichen Retter vor

dem Arlberg schützen.

Sollten sich die Verantwortlichen in Tirol nicht dazu entschließen, die Ausschreibung komplett zu stoppen und das Gesetz zu ändern – Bernhard Ernst (Bürgerforum Tirol) hatte im letzten Landtag einen diesbezüglichen Antrag gestellt – wird über ihnen ewig die Frage schweben, warum sie diese neun Worte nicht im Tiroler Rettungsdienstgesetz untergebracht haben, welches am 1. Oktober 2009 in Kraft und das Ausschreibungsdesaster lostrat.

Den Tirolern vorausseilenden Gehorsam gegenüber der EU zu unterstellen, erscheint dabei nicht nur wegen der traditionell ignoranten Haltung des Landes gegenüber EU-Gesetzen oder -Grundsätzen widersinnig. Seit vergangenem Jahr ist beim Europäischen Gerichtshof ein Verfahren anhängig, das von einem privaten Unternehmer mit dem Ziel in die Wege geleitet wurde, die europaweite Ausschreibung der Rettungsdienste zu erzwingen. Weil Deutschland wie Österreich mit den ehrenamtlichen Strukturen eher die Ausnahme darstellt und gesetzlich verankerte Monopolstellungen den Grundsätzen der EU widersprechen, hat der Unternehmer gute Aussichten, das Verfahren zu gewinnen und den privaten Rettungskonzernen Jubeljahre zu bescheren. Doch stellte Johannes Richert, der beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) den Bereich „Nationale Hilfsgesellschaft“ leitet, Anfang April 2010 in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung fest, dass die Entscheidung des EuGH gar nicht so wichtig sei, denn: „Letztlich ist es eine politische Frage. Die Politiker müssen entscheiden, welche Art von System sie in Deutschland haben wollen.“ Daraus könnte abgeleitet werden, dass die Tiroler Politiker sich für die Privatisierung des Rettungsdienstes beziehungsweise gegen das bestehende System, das in erheblichem Ausmaß von Ehrenamtlichen getragen wird, entschieden haben. Manches spricht dafür. Die Vielschichtigkeit des aktuellen Rettungsdilemmas, das in vielen Bereichen auf Dilettantismus fußt, spricht dagegen.

Die Machtfrage. „Wie kann ich beispielsweise als Chef des Roten Kreuzes Tirol zulassen, dass ein Gesetz gemacht wird, das eine Ausschreibung bedingt, die meine Organisation kaputt macht?“, fragt Bernhard Ernst. „Als Chef einer Organisation, die mit rund 4.500 Freiwilligen und rund 500 Mitarbeitern der fünftgrößte Betrieb Tirols ist, weiß ich, was auf dem Spiel steht.“ Ernst richtet die Frage an die Spitzenfunktionäre des Tiroler Roten Kreuzes, an RK Tirol-Präsident Reinhard Neumayr beispielsweise oder an RK Tirol-Geschäftsführer Thomas Wegmayr. Im Dezember 2009 hatte Neumayr in der TT-Sonderbeilage „Zeichen“ noch geschrieben: „Freiwillige sind der Kitt unserer Gesellschaft. Sie erbringen unzählige Arbeitsstunden, die wöchentlich in die Millionen gehen. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil stammt von den rund 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Roten Kreuzes in Tirol.“ Warum sind ihm diese schönen Worte viel zu spät eingefallen? Warum hat er nicht dieses Gewicht in die Waagschale gelegt, als es um die Wurst ging? Die Führung des Tiroler Roten Kreuzes ist traditionell hauteng mit der ÖVP-Führung des Landes verbunden und darum brennt die Frage des Bürgerforum-Abgeordneten lichterloh: Wie konnte es so weit kommen? Im Bereich der Vermutungen liegen vorerst die Antworten. Vermutlich sind sie tief im Funktionärssystem des Roten Kreuzes zu finden, das schon vor dem aktuellen Skandal nicht durch Friede-Freude-Eierkuchen auffiel. Lang, ereignisreich und in den Hochzeiten so, dass RK-Gründungsvater Henri Dunant beschämt das Weite suchen würde ist die Geschichte der Auseinandersetzungen innerhalb des Tiroler Roten Kreuzes. Nicht nur am Umgang mit dem Arbeiter-Samariterbund, der als Gefahr für's Rettungsmonopol betrachtet wurde, konnte

abgelesen werden, dass die politisch einflussreichen Machthaber in der Innsbrucker Konzern-Zentrale vor keinem Mittel zurückschrecken. Unter der Hybris der Landesorganisation hatten auch „RK-Brüder“ zu leiden, deren Machtbewusstsein ebenso nicht schwach ausgeprägt ist. Der Streit zwischen der Landesorganisation und der RK-Bezirksstelle Schwaz schaffte es diesbezüglich in die Top Ten und verdeutlichte einmal mehr, dass sich zwischen der Landesorganisation und den neun eigenständig agierenden Bezirksorganisationen tiefe Gräben aufgetan hatten. Die einen wollten selbstständig bleiben, die anderen wollten die Macht konzentrieren, und mit der Einrichtung der skandalbehafteten ILL (Integrierte Landesleitstelle) wurde klar, dass die hohe Politik aufseiten der Zentralisierungsverfechter steht. Die Herausforderung aber, das System zu reformieren, die augenscheinlichen Schwächen zu beheben und eine einheitliche wie schlagkräftige Organisation auf die Beine zu stellen, nahm keiner an. Dieser Prozess hätte echt viel Arbeit bedeutet und ein kollektives Absteigen von hohen Rössern, die fern der Basis dahintrampelten.

„Sich innen zu reorganisieren war ihnen offenbar zu schwer“, meint Bernhard Ernst, „vermutlich wollte der Landesverband von außen Druck aufbauen, damit die Bezirksorganisationen Milch geben.“ Stimmt diese Vermutung, dann wollten die RK-Spitzen mit dem Damoklesschwert der Ausschreibung des Rettungsdienstes und der privaten Konkurrenten die Funktionäre der Bezirksstellen in die Knie zwingen. Das Land – und das ist keine Vermutung – wollte die Streitereien rasch beendet wissen, und der frischgebackene Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg wurde vom damals frischgebackenen Landeshauptmann Günther Platter beauftragt, diese Baustelle rasch zu schließen. Ratzfatz wurde das Gesetz geändert und die verhängnisvolle Ausschreibung in die Wege geleitet.

Die Vermutung des Bürgerforum-Abgeordneten, dass die RK-Spitzen lediglich Druck von außen erzeugen wollten, um das System in ihre Richtung zu verändern, macht vor allem vor dem Hintergrund eines kleinen Details Sinn: Die Anbieter für den Tiroler Rettungsdienst sollten ein notariell beglaubigtes Schreiben unterzeichnen, mit dem sie zugestehen, sich gegebenenfalls zurückzuziehen beziehungsweise das Verfahren zu beenden. Um dem Roten Kreuz den Weg frei zu machen? 3.500 Euro Abschlagszahlung wurden dabei offenbar vereinbart. Im Klartext würde das bedeuten, dass beispielsweise eben der dänische Rettungskonzern Falck das lukrative Tiroler Rettungsgeschäft aufgibt, die 3.500 Euro nimmt und heim fährt. Wem auch immer dieser Clou eingefallen ist, an das europäische Vergaberecht kann er nicht gedacht haben und auch nicht daran, dass den Anwälten von expansionsbestrebten Konzernen ein diesbezüglicher Prozess vor dem EuGH viel Spaß gemacht hätte. „Die Rettungsausschreibung ist dilettantisch formuliert“, stellten die Grün-Abgeordneten Georg Willi und Gebi Mair Anfang April fest. „Manche der Formulierungen sind rechtlich keinesfalls haltbar. Das gilt etwa für die Bedingungen des vorzeitigen Ausschreibungsendes.“ Nachdem sich das kleine Feuerchen, welches die RK-Spitzen offenbar in dümmlicher und nur auf gehörige Machtblindheit zurückzuführende Einfalt angezündet haben, zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand ausgebreitet hat, stellt sich die Frage, wer da das Öl ins Feuer gegossen hat. Und warum.

Die Berater. Spätestens hier kommen die Berater ins Spiel, die dem Land Tirol zur Seite gestanden haben, als es darum ging, das neue Rettungsgesetz und die Ausschreibung zu formulieren. Herbert Biasi spielte dabei eine tragende Rolle. Der Landesbaudirektor und Aufsichtsrat der Landesleitstelle (ILL) war beziehungsweise ist für die

Rettungsdienst-Ausschreibung verantwortlich. Im Rahmen der letzten Landtagssitzung war er im Zusammenhang mit dem Rettungsdesaster in ein schiefes Licht geraten. Gebi Mair hatte herausgefunden, dass Biasi in der Zeit, als das Rettungsgesetz ausgearbeitet wurde, beim privaten Rettungskonzern Falck zu Gast war. Von ECHO danach gefragt, was Biasi vom 5. bis 9. April 2009 gemacht hat, teilt das Büro Landesrat Tilgs mit: „...dass diese (Herbert Biasi und Herbert Walter – Anm.) sowie weitere Experten im Rahmen des EU-Programmes EU EXCHANGE OF EXPERTS in civil protection in Skandinavien waren. Dabei wurden unterschiedlichste Zivilschutzeinrichtungen besucht. Unter anderem auch die Firma Falck.“ Die zweite Schlüsselrolle im Beraterstab kommt der Firma Geomed Research GmbH zu. Diese relativ junge, 2007 in Deutschland gegründete Beratungsgesellschaft, ist dick im Geschäft der Neustrukturierungen von Rettungssystemen verhaftet, laut Bernhard Ernst stammten die letzten fünf Forschungsaufträge für die Geomed vom Land Tirol, und die Evaluierung des Rettungswesens soll einer dieser Aufträge gewesen sein. Geo-med werden gute Chancen zugeschrieben, beim europaweiten Umbruch der Rettungssysteme – wo nicht Gemeinnützigkeit oder Ehrenamtlichkeit, sondern Privatisierung, Kommerzialisierung und Standardisierung die Schlagworte sind – als Berater kräftig mitzunaschen. Die Geomed war auch federführend am zwischenzeitlich eingestellten EU-Projekt „Sidartha“ beteiligt, dessen Ziel es war, EU-weit Standards für das Rettungswesen zu definieren. Österreich wurde in diesem Projekt durch die Landesregierung Tirol sowie die Leitstelle Tirol vertreten. Leitstellen-Chef Gernot Vergeiner saß im Lenkungsausschuss des Projekts. Mit Vergeiner vertrat demnach ausgerechnet jener Herr die Republik Österreich, dessen Leitstelle in den vergangenen zwei Jahren ein Minus in Höhe von über 5,5 Millionen Euro verursachte, Fehldispositionen von Einsatzkräften verantwortete, dass einem im Notfall Angst und Bange wird, und die mit auffälliger Personalfuktuation sowie riesigen Gehältern in die Schlagzeilen geraten war. Von ECHO nach seiner Geschäftsbeziehung zur Geomed-Research und seiner Rolle in den Beratungen der Landesregierung befragt, antwortet Vergeiner nicht. Dankeschön. All die offenen Fragen – vor allem jene, wer denn nun von dem ganzen Tiroler Rettungschao profitiert – verhindert nachhaltig ein Aufatmen angesichts der Neuausschreibung des Rettungsdienstes. Die Textzeile aus einem Element of Crime-Song umschreibt den Tiroler Zustand unfreiwillig exakt: „Blaulicht und Zwielight und ein kleines bisschen Krieg.“

Alexandra Keller